

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: W. Kanfer, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenstell: Eduard Giehnreiner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 10, Am Mühlentisch Platz 2.

Inserate für die vierspaltige Beilage oder deren Raum 1 Mk.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 50 Pf.
Versammlungsanzeigen 30 Pf.

Krisenluft.

Auf der Reichskonferenz hat der Verbandsvorstand über den Stand der Verhandlungen zur Erneuerung der Tarifverträge Bericht erstattet. Es sind Verhandlungen mit dem Arbeitgeber-Schutzverband geführt worden zu dem Zweck, eine rechtzeitige Verständigung herbeizuführen, um die Kündigung der Verträge, die am 15. November erfolgen müßte, zu vermeiden. Diese Verhandlungen sind ergebnislos geblieben. In der von der Reichskonferenz beschlossenen Resolution sind die Mindestforderungen, die unsere Kollegen für die Verlängerung der Verträge erheben, umschrieben. Für den Fall, daß der Arbeitgeber-Schutzverband diese Bedingungen ablehnen sollte, beschloß die Konferenz, die Kündigung der Verträge zum 15. November in allen Städten auszusprechen.

Dieser Beschluß wurde am 7. November gefaßt; acht Tage vor dem Kündigungsstermin und nach Lage der Dinge schien es, als sei der Eventualfall, von dem die Resolution spricht, bereits gegeben. Jedenfalls hatte der Verbandsvorstand seine Vorbereitungen getroffen, um den Beschluß rechtzeitig auszuführen. Dahin ist es aber nicht gekommen. Gleich nach unserer Reichskonferenz sind die Vertreter der beiderseitigen Zentralvorstände wieder zusammengekommen, und sie haben eine Vereinbarung getroffen, nach welcher der Kündigungsstermin bis zum 15. Dezember hinausgeschoben wird. Der Ablaufstermin wird durch diese Vereinbarung nicht berührt; wenn die Verträge am 15. Dezember gekündigt werden, laufen sie am 15. Februar ab.

Durch die Hinausschiebung des Kündigungsstermins ist Zeit gewonnen für neue Verhandlungen, ob diese aber zu einem Ergebnis führen, welches die Vertragskündigung unnötig macht, steht noch sehr dahin. Auf unserer Städtekonferenz wurde von verschiedenen Rednern der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die Verrückung der Verträge kein großes Unglück wäre, weil die Kollegen dadurch freie Hand gewinnen, ihre Forderungen durchzusetzen. In weit stärkerem Maße noch ist diese Auffassung im Lager des Arbeitgeber-Schutzverbandes vertreten. Man rechnet dort mit dem nahen Frieden und glaubt am besten zu fahren, wenn man in der Uebergangswirtschaft von der Fessel der Tarifverträge befreit ist. Dann könnten die Unternehmer nicht nur die ihnen lästigen Zeurungsanlagen schnell beseitigen, das Ueberangebot an Arbeitskräften, mit dem dann zu rechnen ist, wird es ihnen, so hoffen sie, ermöglichen, die Arbeitsbedingungen auf einen möglichst tiefen Stand herabzudrücken.

Wir wollen es dahingestellt lassen, ob diese Rechnung richtig ist. Tatsache ist jedenfalls, daß in einer vertragslosen Zeit jede Partei die volle Freiheit hat, die ihr günstige Konjunktur auszunutzen. Bei flottem Geschäftsgang haben die Arbeiter Oberwasser; in Krisenzeiten revidieren sich die Unternehmer, indem sie nicht nur die früher abgetroffenen Verbesserungen rückgängig machen, sondern auch sonst den wehrlosen Arbeitern allerlei Schikanen zufügen. Gemildert wird allerdings die rücksichtslose Ausnutzung der Konjunktur von beiden Seiten durch die Stärke der gegnerischen Organisation. Doch wird die Macht der Organisation durch die allgemeine Wirtschaftslage wesentlich beeinflusst.

Durch den Tarifvertrag wird die Bewegungsfreiheit beider Parteien gehemmt. Es wird durch ihn gewissermaßen ein Ausgleich geschaffen, so daß die Gestaltung der Arbeitsbedingungen nicht mehr völlig von der Lage des Arbeitsmarktes abhängig ist. Die Erkenntnis dieser Tatsache hat dazu geführt, daß Tarifverträge abgeschlossen wurden. Die ersten Verträge waren noch sozusagen rohe Instrumente, aber sie wurden fortgesetzt ausgebaut und vervollkommen. Heute sind unsere Verträge noch weit davon entfernt, vollkommen zu sein. Man kennt auf beiden Seiten die ihnen anhaftenden Mängel; verglichen mit den ersten Verträgen, kann man sie aber fast als Kunstwerke bezeichnen.

All die Jahre hindurch ist an dem Ausbau unseres Tarifvertragwesens gearbeitet worden. Das bezieht sich nicht nur auf den Wortlaut der Verträge, sondern mehr noch auf den Geist, der von ihnen ausgeht und sich den Trägern der Verträge mitteilt. Die Aufhebung der Verträge würde eine fühlbare Lücke verursachen, und mancher, der im Aerger so leicht die Beseitigung der Verträge wünscht, würde, wenn sein Wunsch erfüllt würde, ihr Fehlen noch schmerzlicher vermischen. Die jahrelange Erfahrung hat uns gelehrt, daß die Tarifverträge unentbehrliche Einrichtungen sind, um die Rechte und Pflichten der Unternehmer und der Arbeiter gegeneinander abzugrenzen. Mit der Beseitigung der Verträge wäre eine Unsumme mühseliger Arbeit vernichtet, die notwendig von neuem vollbracht werden müßte.

Wir wissen also den Wert der Tarifverträge wohl zu schätzen, sind aber trotzdem keine Fanatiker des Tarifvertrages. Wir wünschen die Tarifverträge zu erhalten, nicht um ihrer selbst willen, sondern als ein Mittel, die Arbeitsbedingungen zugunsten anderer Kollegen zu beeinflussen. Wollen die Unternehmer den Zutritt zu ihnen keine Rechnung tragen, wollen sie auf die in Anbetracht der Verhältnisse

recht bescheidenen Mindestforderungen, die unsere Städtekonferenz formuliert hat, nicht eingehen, dann werden wir, zwar nicht leichtem Herzens, aber notgedrungen auf die Verträge verzichten müssen. Dann werden wir allerdings an die jetzigen Forderungen nicht mehr gebunden sein, sondern unsere Kollegen werden sich bemühen, alles herauszuholen, was irgend möglich ist.

Die Kündigung der Tarifverträge ist noch nicht gleichbedeutend mit ihrem Ablauf. Es ist denkbar, daß auch in der Kündigungszeit noch eine Verständigung erzielt wird. Aber wenn das nicht gelingt, was dann? Mit der Kündigung der Verträge ist die Kugel aus dem Lauf, dann ist es schwer, sie in ihrem Flug aufzuhalten. Auf beiden Seiten gibt man sich über die Bedeutung der Vertragskündigung keiner Täuschung hin. Die Vereinbarung über die Hinausschiebung des Kündigungsstermins beweist, daß man in beiden Lagern weiß, was auf dem Spiele steht. Die

Die nächste Nummer unserer Zeitung erhält als Beilage den Aufruf zur Abstimmung, worin Vorstand und Ausschuß den Mitgliedern nunmehr gemäß § 134 des Statuts die bekannte Vorlage in dem von der Reichskonferenz beschlossenen Wortlaut zur Abstimmung unterbreiten. Ein Stimmzettel ist dem Aufruf angehängt, er muß bis 17. Dezember spätestens an die Ortsverwaltung zurückgegeben werden.

nun gewonnene Zeit wird zu Verhandlungen ausgenutzt werden; wir wollen hoffen, daß sie ein befriedigendes Ergebnis zeitigen. Eine Gewißheit dafür haben wir nicht, und was wir über die Stimmung im Lager der Arbeitgeber erfahren haben, läßt uns die gegenwärtige Lage nicht gerade optimistisch beurteilen. Es weht Krisenluft! Das mögen die Kollegen im ganzen Reich beherzigen und ihr Verhalten danach einrichten. Vielleicht trennt uns nur noch eine kurze Zeitspanne vor ersten Auseinandersetzungen; möge sie überall ausgenutzt werden zur Kräftigung unseres Verbandes.

Leistung und Gegenleistung.

Die Vorschläge für die Neuregelung der Wochenbeiträge und der Unterstützungen, die nunmehr nach den Beschlüssen der Reichskonferenz den Mitgliedern zur Abstimmung unterbreitet werden, sehen formell eine Erhöhung der Beiträge nicht vor. Wie seither durch Beschluß der Mitglieder die Höhe des Lokalbeitrags bestimmt wurde, so soll auch künftig jede Zahlstelle für sich die Klasse bestimmen, in welcher am Ort die Beiträge erhoben werden. In dieser Hinsicht bringt also die Vorlage keine nennenswerte Änderung. Nur die Auswahl unter den Beitragsklassen ist beschränkt, doch fällt diese Beschränkung kaum ernstlich ins Gewicht.

Erwartet wird, daß überall eine Beitragsklasse gewählt wird, nach welcher der Beitrag höher ist als der seither für Haupt- und Lokalkasse erhobene Beitrag zusammengekommen. Das ist aber keine Streitfrage. Ueber die Notwendigkeit einer Beitragserhöhung herrschte im ganzen Verband keine Meinungsverschiedenheit. Die Löhne sind dermaßen gestiegen, daß die Erwartung, die auch den angestelltesten Berechnungen zugrunde gelegt wurde, wonach die Beitragserhöhung durchschnittlich 20 Pf. pro Mitglied und Woche betragen werde, begründet erscheint. Sollten wirklich die Lohnverhältnisse an dem einen oder anderen Ort eine erhebliche Erhöhung des seitherigen Gesamtbeitrages nicht zulassen, dann wird sich auch da ein Ausweg finden. Diese Fälle können aber nur ganz verschwindende Ausnahmen sein; sie werden reichlich wettgemacht durch die Zahlstellen, die eine den Durchschnitt übersteigende Beitragserhöhung beschließen werden.

In dieser Hinsicht bringen wir der Opferfreudigkeit unserer Kollegen volles Vertrauen entgegen. Ist doch, und besonders von solchen Kollegen, die zunächst der geplanten Neuordnung ablehnend gegenüberstanden, der Gedanke propagiert worden, einfach eine Beitragserhöhung zu beschließen, ohne den Verband dafür zu einer erhöhten Gegenleistung zu verpflichten. Das ist gerade das Erhebende bei den doch in recht ausgiebigem Maße gepflogenen Debatten über die beabsichtigte Neuordnung, daß aus jeder Anerkennung der feste Wille klang, den Verband zu stärken, ihn groß und leistungsfähig zu machen, auf daß er eine gute Waffe in den kommenden Kämpfen werde. Der ganze Streit war nur eine Auseinandersetzung über den besten Weg zu diesem Ziele. Dieser Streit ist nun entschieden, oder so gut wie entschieden, nachdem sich die Reichskonferenz mit einer an Einstimmigkeit grenzenden

Mehrheit für die Vorlage erklärt hat, die nun der Abstimmung unterliegt.

Zur Reichskonferenz sind viele Gaulusse gereist, die als Paulusse die Heimreise angetreten haben. Sollte es der Ueberredungskunst der Vorstandsvertreter gelungen sein, die Delegierten zu veranlassen, gegen ihre wirkliche Ueberzeugung zu stimmen? Wir schätzen die Fähigkeiten unserer Vorstandsmitglieder nicht niedrig ein, aber ein solches Kunststück bringen sie doch nicht fertig. Die Delegierten aus der Reichskonferenz rekrutierten sich aus den erstklassigsten Verbandsmitgliedern, die wohl durchgängig eine lange Praxis in der Arbeiterbewegung hinter sich haben, und die wohl wissen, was sie wollen. Es wäre eine Beleidigung für sie, wollte man ihnen unterstellen, daß sie sich durch schöne Redensarten breitschlagen lassen und gegen ihre bessere Ueberzeugung stimmen. Nein, es war die Wucht der vorgetragenen Argumente, der sich niemand entziehen konnte. Ein gut Teil der Delegierten war von vornherein mit den Grundgedanken der Vorlage einverstanden. Aber auch die anderen, die die Vorschläge bekämpften, waren zu der Konferenz gekommen mit dem festen Willen, das Wohl unserer Organisation zu fördern. Soweit sie zum Wort kamen, haben sie ihre Gründe vorgetragen, aber sie haben auch die Gründe der anderen gehört und sie gewürdigt. Und schließlich waren fast alle der Ueberzeugung, daß die Vorlage in der Gestalt, die sie bei der Beratung erhalten hatte, den besten Weg bedeutet, unserer Sache zu dienen. Die gleiche Wirkung wird auch das aufmerksame Lesen des Verhandlungsberichts auf die Mitglieder ausüben, die den Verhandlungen der Reichskonferenz nicht beiwohnen konnten. Wenn der Bericht in der vorigen Nummer auch die Neben nicht vollständig wiedergibt, so ist er doch in dem Teil, der die Beitrags- und Unterstützungsfrage betrifft, ausführlich genug, um den Lesern ein anschauliches Bild von dem Verlauf der Verhandlungen zu geben.

Den Vorschlägen, die Beiträge zu erhöhen, ohne die Leistungen des Verbandes zu steigern, konnte keine Folge gegeben werden. Sie zeugen wohl von dem im Verband im reichem Maße vorhandenen Idealismus, aber wenn man Gesetze macht, die alle Mitglieder binden, dann darf man dem Idealismus keinen zu weiten Spielraum lassen, sondern man muß Leistung und Gegenleistung sorgsam gegeneinander abwägen. Diesem Anspruch genügt die Vorlage. Die vorgesehenen Unterstützungssätze sind so aufgestellt, daß künftig etwa die gleiche Höhe für den gleichen Beitrag geleistet werden wie seither. Nur mit dem Unterschied, daß bisher ein Teil des Beitrags in die Lokalkasse floß und aus dieser ein Teil der Unterstützung gezahlt wurde. Da sowohl Beitrag wie Unterstützung seither schon in je einer Summe gezahlt wurden, kommt die Veränderung der großen Masse der Mitglieder praktisch kaum zum Bewußtsein. Da und dort mag eine Verschiebung eintreten, die daraus resultiert, daß auch bei gleichem Lokalbeitrag die Unterstützung an den verschiedenen Orten verschieden hoch bemessen war. Wollte man, und das Bedürfnis dafür war zweifellos vorhanden, und es hat sich schon seit Jahren geäußert, eine Gleichmäßigkeit für den gesamten Verband herbeiführen, dann mußte man den Berechnungen die Durchschnittszahlen zugrunde legen.

Das ist namentlich bei der Arbeitslosenunterstützung geschehen. Dem Verlangen nach höheren Unterstützungen, wozu zweifellos eine Notwendigkeit vorliegt, kann die einzelne Zahlstelle entsprechen durch die Wahl einer höheren Beitragsklasse. Darüber muß sich natürlich jeder klar sein, daß die Höhe des Beitrags und der Unterstützung in einem richtigen Verhältnis zu einander stehen muß, wie es sich aus den langjährigen Erfahrungen des Verbandes ergibt. Der Verband hat eben keine andere Einnahmequelle als die Beiträge seiner Mitglieder.

Die Krankenunterstützung soll künftig mit der Arbeitslosen- und der Reichunterstützung aufgerechnet werden. Das sieht auf den ersten Blick wie eine Benachteiligung der Mitglieder aus, die bisher nacheinander mit der Arbeitslosen- und der Krankenunterstützung ausgestattet werden konnten. In Wirklichkeit tritt aber eine solche Benachteiligung nicht ein, denn die Arbeitslosenunterstützung wurde bisher nur auf die Dauer von sieben Wochen gewährt, sie kann aber künftig innerhalb eines Jahres dreizehn Wochen lang bezogen werden. Die Krankenunterstützung, deren Wochenhöhe halb so hoch stand, wie die der Arbeitslosenunterstützung, wird auf die doppelte Zeit, also für 26 Wochen gewährt. Ueber den Wert der Krankenunterstützung bestehen übrigens starke Meinungsverschiedenheiten im Verband, und verschiedentlich wurde bemängelt, daß die Unterstützungssätze zu hoch gegriffen seien. Die Lösung dieser Frage muß einer späteren Zeit vorbehalten bleiben. Wichtig ist noch die Neuierung, daß nach zehnjähriger Mitgliedschaft die Unterstützungssätze eine weitere Steigerung erfahren. Bisher wurden die höchsten Wochenhöhen der Unterstützung nach fünfjähriger Mitgliedschaft erreicht. Erweitert man das bisher mehr als die Hälfte der unterstützten Mitglieder dem Verband fünf Jahre und länger angehörte, dann ist anzunehmen,

daß ein erheblicher Teil von ihnen aus der Einführung der Sechsjahre-Einstufung Nutzen ziehen wird.

Von der Regel, daß das Verhältnis zwischen Höhe des Beitrags und der Unterstützung so erhalten bleiben muß, wie es seither war, ist nur an einer Stelle abgewichen worden, nämlich bei der Streikunterstützung. Hier hat sich die Reichskonferenz auf den Standpunkt gestellt, und der Verbandsvorstand hat ihr zugestimmt, daß der Kampfscharakter des Verbandes noch stärker betont werden muß. Deshalb sind die Sätze der Streik- und Gewahrfregellenunterstützung stärker erhöht worden als die der anderen Unterstützungsarten. Wann wir wieder in größere Kämpfe verwickelt werden, läßt sich nicht voraussagen, aber wenn dieser Zeitpunkt eintritt, dann muß er den Verband gerüstet finden. Gerüstet nach jeder Hinsicht. Er muß instand sein, die im Kampf befindlichen Kollegen so zu unterstützen, daß sie vor der äußersten Not geschützt sind, er muß aber auch über einen Kriegsschatz verfügen, der uns vor der Gefahr schützt, wegen Munitionsmangels vorzeitig die Waffen strecken zu müssen. Das ist der Sinn und der Zweck der neuen Vorschläge. Sie zielen darauf ab, den Verband nach jeder Richtung zu stärken, ohne die einzelnen Mitglieder zu benachteiligen. Im Gegenteil. Durch die bessere Zusammenfassung der finanziellen Mittel wird nicht nur eine bessere Verteilung ermöglicht, sondern auch erreicht, daß die unterstützungsbedürftigen Mitglieder besser unterstützt werden können, als das seither der Fall war. Diese Tatsache stärkt unsere Erwartung, daß die neuen Vorschläge in der Abstimmung eine überwältigende Mehrheit auf sich vereinigen werden.

Die Teilung des Reichsamts des Innern.

In der Reichstagsübersicht in Nr. 43 unseres Blattes ist die organisatorische Aenderung kurz erwähnt, die das Reichsamt des Innern erfahren hat. Die allgemeine Stellvertretung des Reichskanzlers, die bisher dem Staatssekretär des Reichsamts des Innern übertragen war, ist von diesem Amt losgelöst und in ein selbständiges Reichsamt verwandelt worden. Daneben ist das Reichsamt des Innern in der Weise aufgeteilt worden, daß alle wirtschaftlichen und sozialpolitischen Aufgaben einem neuen Staatssekretariat, das den Namen Reichswirtschaftsamt führt, übertragen und die übrigen Fragen der inneren Reichsverwaltung, die vorwiegend politischer Art sind, bei dem verkleinerten Reichsamt des Innern belassen wurden.

Diese Aenderungen sind für die deutschen Arbeiter von erheblichem Interesse, daß sie hier eine nähere Würdigung verdienen.

Das Reichsamt des Innern hat sich im Lauf der Jahrzehnte zum größten Reichsamt entwickelt. Sein Geschäftskreis hat einen solchen Umfang angenommen, daß der Leiter dieses Amtes nicht mehr in der Lage war, alle Zweige sachverständig zu beherrschen. In den vergangenen Friedensjahren pflegten die Reichstagsdebatten über den Etat des Reichsamts des Innern sich auf Wochen zu erstrecken. Man mußte sie, wollte man die Uebersicht nicht verlieren, nach Materien ordnen. Da war das große Gebiet der Zoll- und Handelsgesetzgebung, das weitläufige Gebiet der Sozialgesetzgebung, die Förderung von Industrie, Gewerbe, Handel, Landwirtschaft, das Gesundheitswesen, die allgemeine Polizeiverwaltung und zahlreiche weitere Spezialgebiete der Reichsverwaltung, wie Heimatwesen, Patentwesen, Schifffahrt usw. Wenn auch die Tätigkeit der Reichsbehörden sich überwiegend darauf beschränkt, Gesetze vorzubereiten und allgemeine Anordnungen im Namen des Bundesrats zu treffen, die von den einzelnen Landesbehörden auszuführen sind, so erfordert die Durcharbeitung aller dieser großen Gebiete doch ein Maß von Kraft, über das der höchste Minister nicht verfügt. In der Kriegszeit ist die Arbeit nicht kleiner, sondern größer geworden. Es ist gewissermaßen eine Reihe von Verwaltungsweigen, die einseitig dem Reichsamt des Innern mit umfaßt, als selbständige Ämter abgegliedert worden, wie insbesondere das Kriegs-ernährungsamt, aber dafür tauchen täglich neue Fragen auf, deren Lösung meistens dem Reichsamt des Innern zufällt.

Unter diesen Umständen war es verständlich, daß der alte Gedanke, das Reichsamt des Innern zu teilen, in den letzten Monaten wieder lebhaft erörtert wurde. Auch die Arbeiterchaft hat allen Grund, dieser Angelegenheit ihre volle Aufmerksamkeit zuzuwenden. Denn die Arbeiterkassen bilden einen der wichtigsten Zweige der Verwaltung des Reichsamts des Innern, und wenn auch von der Organisation der Behörden, die sich mit den Arbeiterfragen zu befassen hat, nicht alles abhängt, so kann doch durch eine neue Organisation und eine glückliche Auswahl der Leiter derselben viel erreicht, durch eine schlechte viel vernachlässigt und geschadet werden. Die Vertreter der Arbeiter haben sich daher an den Auseinandersetzungen über die Teilung des Reichsamts des Innern lebhaft beteiligt. Ihre Vorschläge sind aber nicht voll berücksichtigt worden.

Vom Standpunkt der Arbeiter aus mußte ein selbständiges Amt für Sozialpolitik, ein Reichsarbeitsamt, geschaffen werden. Die Schaffung eines Reichsarbeitsamtes ist schon im Jahre 1917 und im Lauf der letzten Jahrzehnte kein Mal von den sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag beantragt worden. Man verstand darunter damals allerdings nicht ganz dasselbe wie heute. Das früher beantragte Reichsarbeitsamt sollte die zentrale Stelle einer wohlgeordneten öffentlich-rechtlichen Arbeiterverwaltung sein, die vorwiegend demnach und beratend zu wirken und nebenbei bestimmte Verwaltungsaufgaben im Auftrag des Reichsamt des Innern und der Reichsregierung zu erfüllen hätte. Wenn heute von einem Reichsarbeitsamt gesprochen wird, so versteht man darunter eine von Reichsministerien aus Wege der Sozialpolitik im weitesten Sinne des Wortes. Das organisierte Selbstverständnis der Arbeiter führt zu dem Wunsch, daß ein solches Amt nicht nur die Arbeiter vertreten, sondern direkt dazu auf. Wenn

das deutsche Volk nach dem furchtbaren Ueberlaß, den es im Weltkrieg erlitten, wieder zu Kräften kommen will, dann muß es sein kostbares Gut, die menschliche Arbeitskraft, gewissenhafter pflegen, als das in der Vergangenheit geschehen ist. Es muß alle seine Kräfte zu dem denkbar höchsten Grad der Leistungsfähigkeit entfalten. Dazu darf aber nicht Raubbau mit der organischen Volkskraft getrieben, sondern diese muß umgekehrt des sorgsamsten Schutzes teilhaftig werden. Nicht nur die Arbeiterschaft im engeren Sinne, nicht nur die Versicherungsgesetzgebung bedarf sofort mit dem Friedensschluß des gründlichsten Ausbaues, auch die Wohnungsverhältnisse, die allgemeine Volksgesundheitspflege und vor allem das große und unendlich wichtige Gebiet der Bevölkerungspolitik müssen systematisch bearbeitet werden. Selbst wenn der Krieg, wie wir sehr leicht wünschen, bald sein Ende erreicht, haben wir mit einem Verlust von etwa 3 Millionen arbeits- und zeugungsfähiger Männer zu rechnen. Denn zu den Gefallenen gesellen sich die Verstümmelten, die zum großen Teil als produktive Kräfte nicht mehr in Betracht kommen, gesellen sich auch die krank und sich Heimkehrenden, die, soweit sie ledig sind, eine Familie nicht mehr zu gründen vermögen. Haben wir schon während des Krieges einen in die Millionen gehenden Geburtenausfall, verbunden mit gesteigerter Sterblichkeit, zu verzeichnen, so wird nach dem Krieg bei der enorm verringerten Zahl fortpflanzungsfähiger Männer die Neigung zur Kindererziehung in hohem Grade abhängig sein von den Lebensbedingungen, die den breiten Volksmassen geboten werden. Nicht nur das Interesse der Arbeiter, nicht nur die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sondern selbst die nationale Geltung des deutschen Volkes in der Welt erfordert also gebieterisch eine sorgsame Pflege der gesamten sozialen Lebensverhältnisse der Arbeiterschaft. Hinzu kommt noch die schier unübersehbare Aufgabe der Kriegsbeschädigtenfürsorge, die natürlich auf die Dauer nicht den militärischen Behörden überlassen bleiben kann, sondern mit der Sozialpolitik verbunden werden muß.

Aus alledem ergibt sich, daß ein Reichsarbeitsamt, dem diese Tätigkeitsgebiete zugewiesen würden, eine überaus wichtige und große Aufgabe zu erfüllen hätte, eine Aufgabe, die den tüchtigsten Staatssekretär voll in Anspruch nehmen würde. Wenn daneben das gleichfalls sehr umfangreiche Gebiet der allgemeinen Wirtschaftsgesetzgebung, vor allem der Zoll- und Handelsgesetzgebung, die in der Zeit des Uebergangs von der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft von größter Tragweite sein wird, zu einem selbständigen Reichsamt zusammengefaßt worden wäre und das verkleinerte Reichsamt des Innern nur die innerpolitischen und die allgemeinen politischen Aufgaben behalten hätte, so hätte sich eine durchaus zweckmäßige Dreiteilung des alten Reichsamts ergeben.

Diesen von den Arbeitervertretern aufs wärmste empfohlenen Weg wollten aber weder die Reichsregierung noch die bürgerlichen Parteien sofort in einem Zuge mitgehen. Sie begnügten sich mit der Zweiteilung, die nun bewirkt, daß die ganze Wirtschaftsgesetzgebung mit der Sozialpolitik verbunden bleibt. Diese Regelung wurde von nahezu allen bürgerlichen Parteien als eine vorläufige bezeichnet. Nach Ablehnung einer Resolution der Sozialdemokraten, die ein Reichsarbeitsamt forderte, wurde eine Resolution der Nationalliberalen angenommen, die verlangt, daß für die Zukunft die Errichtung eines „Reichswirtschaftsamtes“ in die Wege geleitet werde, dem die Fragen der Sozial- und Bevölkerungspolitik, des Wohnungs- und Siedlungswesens, der Gesundheitspflege und Aufgaben verwandter Art zu überweisen sind. Aber wäre es nicht viel besser gewesen, die neue Organisation nicht bruchstückweise, sondern gleich ganz durchzuführen? Wenn man einwendet, die Sozialpolitik müsse mit der allgemeinen Wirtschaftspflege in einer Hand vereinigt bleiben, so würde dieser Grund, wäre er zutreffend, auch in der Zukunft gegen eine selbständige Verwaltung der Sozialpolitik sprechen. Aber der Einwand ist nicht durchschlagend. Gewiß besteht zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik ein enger Zusammenhang. Ein großer Irrtum aber liegt in der Auffassung, daß die Leistungsfähigkeit der Industrie das Maß der Sozialpolitik zu bestimmen habe. In einem gesunden Wirtschaftsleben wird eher umgekehrt das Maß der Sozialpolitik die Leistungsfähigkeit der Industrie bestimmen. Nicht trotz, sondern infolge der sozialpolitischen Errungenschaften der deutschen Arbeiter hat die deutsche Industrie vor dem Kriege sich so flott entwickelt. Arbeiter, die Schutz genießen und eine menschenwürdige Existenz führen, leisten mehr und Besseres als ausgehungerte Hungergestalten. Das haben aber die tonangebenden Kreise der deutschen Industrie nie einsehen wollen. Jeden, auch den kleinsten sozialpolitischen Fortschritt haben sie bekämpft mit dem Hinweis auf ihre angeblich bedrohte Wettbewerbsfähigkeit. Und diese Erfahrungen sind es gerade, die uns die Notwendigkeit der Trennung der allgemeinen Wirtschaftspflege von der Sozialpolitik darthun. Der Staatssekretär für Sozialpolitik soll nicht dem unmittelbaren Einfluß der Edelmacher und der Schwerindustriellen unterliegen, sondern sich ganz und gar den wichtigen und schwierigsten Problemen der Stärkung der Volkskraft widmen. Die Fühlung mit dem allgemeinen Wirtschaftsleben wird er dabei nicht verlieren, denn jede Einzelfrage der Sozialpolitik bringt ihn ja in engste Berührung mit demselben. Wenn er durch die ausschließliche Beschäftigung mit der Sozialpolitik ein etwas ruhigeres Tempo in die Entwicklung derselben brächte, so wäre das nur erwünscht. Daß es nicht zu frühzeitig vorwärts ginge, dafür würde von den Kräften, die mit ihm zu entscheiden haben, schon gesorgt. Neben ihm würden ja auch die übrigen Regierungsmänner ihren Einfluß auf die Gesetzesvorlagen ausüben, und schließlich entscheidet der Reichstag, in dem es an Fremden auch nicht fehlt.

Wenn der Reichstag trotz all dieser Gesichtspunkte das Reichsarbeitsamt zunächst abgelehnt und sich mit der Errichtung des Reichswirtschaftsamtes begnügt hat, so ist das ein erstes gescheitertes Schrittchen in der von den deutschen Arbeitern gewünschten Richtung. Daß der Schritt bald ganz getan werde, dafür muß weitergearbeitet werden.

Soziales.

Mehr Kartoffeln!

Für die Volksernährung spielt im vierten Kriegswinter die Kartoffel eine noch weit wichtigere Rolle als selbst die Getreideverforgung hat schon im Sommer alles zu wischen überlassen. In die Großstädte kamen nur unzulängliche Mengen, die für ein Stübengeiß verkauft wurde die Anlegung eines Wintervorrats war für die breite Masse unmöglich. Die Körnerernte war knapp; um die Wochemenge von 1950 Gramm Brot durchzuhalten, muß das Vieh wieder mit 10 Prozent Kartoffeln gestreckt werden. Die schwache Getreideernte verschuldet es, daß sogenannte Mähmittel noch viel seltener zur Verteilung gelangen als früher. Mehl für den Haushalt ist nur unter Verzicht auf einen Teil der Brotkrone erhältlich. Wo heranwachsende Kinder in gebundenem Appellat vorhanden sind, langt die Brotmenge nicht, geschweige denn, daß noch Mehl übrig bleibt werden kann. Die Gewährung von 250 Gramm Fleisch ist auch für die Folge versprochen worden, eingehalten wird dieses Versprechen in manchen Gegenden auch jetzt nicht. Schweinefleisch ist ein sehr seltener Genuß geworden. Die Spanferkel, die in ganzen oder halben Stücken, in Berlin zum Preise von 4,50 Mk. das Pfund verkauft wurden, kamen nur den bestsituierten Volksgenossen zugute. Schweinefleisch und Schmalz im freien Handel nicht zu haben, die winzigen Portionen an Butter und Margarine sollen noch weiter verkürzt werden. Milch ist in den Haushaltungen, in denen keine Kuhlinge vorhanden sind, ein unbekanntes Begriff geworden. Selbst dem jungen Nachwuchs wird die Milchration verweigert. Für Personen über 10 Jahre hat es in den Großstädten schon seit Monaten nicht einmal einen Tropfen Magermilch gegeben. Wir wollen die Reste der Lebensmittel, die es nicht mehr gibt, nicht weiter fortsetzen, als einziger Rettungsanker bleibt uns die Kartoffel.

Die Kartoffel ist nach Lage der Dinge das einzige Mittel, um den Magen zu füllen und wenigstens ein Gefühl der Sättigung zu erreichen, vorausgesetzt, daß sie in genügender Menge zur Verfügung gestellt wird. Wir haben sie im letzten Erntejahre schwer vermisst. Die vorige Kartoffelernte war schlecht, sie hätte aber ausgereicht, die Bevölkerung zu ernähren, wenn unser vielgerühmter Behördenapparat die Kraft aufgebracht hätte, eine gerechte Verteilung zu sichern. Die Kartoffeln wurden aber verwendet um die Schweine zu mästen, die dann heimlich geschlachtet und zu Wucherpreisen verschoben wurden. Die Menschen wurden mit Kohlrüben gefüttert; ein elender Fraß bei dem Mangel an Fett, um das Geruch gerichtlich herzustellen. Mit Schaudern denkt man an die Kohlrübenzeit zurück. Aber es ist durchaus nicht unmöglich, daß uns für den kommenden Winter eine neue Kohlrübenperiode bevorsteht, verschärft durch den gestiegenen Fettmangel.

Mit Sehnsucht hat man der letzten Kartoffelernte entgegen gesehen, und ein Stein fiel uns vom Herzen, als die eingehenden Nachrichten bestätigten, daß die Ernte im allgemeinen ein günstiges Ergebnis gezeitigt hat. Auf 34 Millionen Tonnen wird die diesjährige Kartoffelernte geschätzt, während die vorjährige Ernte nur 23 bis 24 Millionen Tonnen ergeben haben soll. Sollte es da wirklich nicht möglich sein, der Bevölkerung soviel Kartoffeln zu geben, um wenigstens den Magen zu füllen und das nagende Gefühl des Hungers zu verschleichen?

Unsere vortreffliche Lebensmittelorganisation hat es zuwege gebracht, den Preis der Kartoffeln zu schwindelnder Höhe emporzutreiben, aber trotz des hohen Preises wird die Knollenfrucht, deren Wert uns der Krieg erst recht zu schätzen gelehrt hat, nur in unzureichenden Mengen verteilt, und die Behörden sträuben sich gegen die notwendige Erhöhung der Ration.

Die Vertreter des Kriegsernährungsamtes benutzen jetzt jede Gelegenheit, um die Bevölkerung darüber aufzuklären, daß auf eine Erhöhung der auf 7 Pfund wöchentlich bemessenen Ration nicht zu rechnen sei. Die Landwirte sollen nur verpflichtet sein, von ihren Vorräten bis zur Deckung dieses Bedarfs abzugeben, der überschüssende Rest soll ihnen zur freien Verfügung bleiben. Das heißt, die Kartoffeln sollen wieder in großen Mengen veräußert werden, vielleicht werden auch Kartoffeln zu Phantastikpreisen hinterherum verkauft werden. Aber die Masse der Bevölkerung soll hungern, sie soll froh sein, wenn sie sich zu gewaltig gesteigerten Preisen Viehfutter besorgen kann, um den Hunger zu stillen. Gegen solche Absichten der Stellen, die für die Volksernährung verantwortlich sind, muß mit aller Schärfe protestiert werden.

Die Wochenration beträgt jetzt 7 Pfund Kartoffeln auf den Kopf. Da in dieses Gewicht auch die schlechten und faulen Kartoffeln hineingewogen werden, bleibt die Tagesration weit unter einem Pfund. Dazu kommen 278 Gramm Brot und durchschnittlich 35 Gramm Fleisch. Kann davon ein erwachsener Mensch leben und sich gesund und arbeitsfähig erhalten? Der durchschnittliche Nahrungsmittelverbrauch ist ja wahrscheinlich erheblich höher. Der landwirtschaftlichen Bevölkerung stehen weit größere Nahrungsmittelmengen zur Verfügung, und auch in den Städten dürfte im Durchschnitt mehr verzehrt werden. Die Kreise, in denen es auf ein paar blaue oder braune Scheine nicht ankommt, finden leicht die Quellen, aus denen man sich in genügender Menge mit Nahrungsmitteln versorgen kann. Man lebt in jenen Kreisen auch während des Krieges nicht schlecht; man kennt dort den Hunger nicht und wundern sie vielleicht über die sonderbaren Menschen, die nicht einmal mit sieben Pfund Kartoffeln in der Woche auskommen können.

Das Kriegsernährungsamt darf aber nicht überschätzen, daß nicht die gesamte städtische Bevölkerung aus Hamsterecken besteht. Das ist es ja, was den gewaltigen Druck sich anlagern läßt, daß man zusehen muß, wie es einer bevorrechteten Schicht, die auf mehr oder weniger erhebliche Weise große Gewinne einbringt, möglich ist, sich mit allen Mitteln zu versorgen, die der breiten Masse unzugänglich sind. Der Schleichhandel hat einen riesigen Umfang angenommen, weil die zugeteilten Lebensmittel durchaus mangelreich sind. Es ist zuzugewöhnen, daß dieser Schleichhandel von den Behörden bekämpft wird. Praktisch kommt aber

Gewerkschaftliches.

Der christlich-nationale Arbeiterkongress.

Der christlich-nationale Arbeiterkongress, der vom 28. bis 30. Oktober in Berlin unter Teilnahme von etwa 400 Delegierten von christlichen Gewerkschaften, von konfessionellen Arbeitervereinen, Angestellten- und Beamtenorganisationen, Genossenschaften usw. tagte, war eine sehr beachtenswerte Kundgebung. Der Kongress nahm zu den wichtigen inner- und auferpolitischen Streitfragen Stellung, und zwar in einer Weise, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrigließ. Generalsekretär Stegerwald wendete sich scharf gegen die großkapitalistischen Schorf-macher; er forderte eine gründliche Reform des Arbeiter-rechts und die Beseitigung des preussischen Klassenwahl-rechts. In seinem Referat über die dringenden Auf-gaben der Sozialpolitik betont Koch (Eberfeld) mit besonderem Nachdruck die Forderung nach Beseitigung des § 153 der Gewerbeordnung. Er verlangte den Erlass eines Arbeitslosenversicherungsgesetzes, geregelte Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenunterstützung aus staatlichen Mitteln. In der Diskussion wurden die vom Referenten aufgestellten Forderungen noch unterstrichen, und in entsprechenden Res-olutionen erklärte der Kongress sein Einverständnis mit ihnen.

Ueber die Kohlen- und Lebensmittelver-sorgung im vierten Kriegswinter sprach Becker (Ber-lin). Die Resolution, die er dem Kongress vorlegte, und die auch angenommen wurde, schlägt sehr radikale Töne an. Verlangt wird in ihr unter anderem schärfster Kampf gegen den Kriegswucher und den Schleichhandel, Einziehung der Wuchergewinne und Beschlagnahme des Vermögens der wegen Kriegswucher Verurteilten. Weiter wird in der Resolution eine Reform des Landarbeiterrechts und der Gesindeordnung und Gleichstellung der Landarbei-ter in der sozialen Versicherung mit der gewerblichen Ar-beiterschaft verlangt. Wieber (Duisburg) referierte über den Stand der Lohn- und Gehaltsfragen im Kriege. Sehr zutreffend führte er aus, daß der weitaus größte Teil der Arbeiter auch heute noch Löhne habe, die nicht entfernt ausreichen, um den Lebensunterhalt zu be-sichern, wogegen die Unternehmer in der Rüstungsindustrie, vor allem die Betriebe der Groß- und der Schwerindustrie, ungeheure Gewinne erzielen. Scharf geißelte er das Ver-halten einiger militärischen Kommandostellen, die verfügt haben, daß Lohnfragen in Versammlungen nicht diskutiert werden dürfen. Solche Verfügungen bedeuten eine Knebelung der Arbeiter und kommen den Unternehmern zugute. Wenn man Arbeitseinstellungen verhindern will, dann muß man die Unzufriedenheit der Arbeiter, die auf unzureichende Löhne zurückzuführen ist, beseitigen. In ähnlichem Sinne äußerte sich Bach (Hamburg) im Hinblick auf die Ge-hälter der Angestellten. Der letzte Punkt der Tagesord-nung betraf die Erstellung von Kleinwohnun-gen nach dem Kriege, worüber Graf v. Posadowsky und Sasseiger (München) referierten.

Die Beratungen des christlich-nationalen Arbeiterkon-gresses atmeten einen feuchten Geist. Wie es bei der Zu-sammenfassung des Kongresses selbstverständlich ist, wurde das religiöse Element stark betont, und an mehreren Stel-len, so in dem Referat von Joos (W.-Glabach), wurde die Parlamentsherrschaft verworfen und ein Bekenntnis zur heiligen Monarchie abgelegt, ein Bekenntnis, das von Stegerwald in seiner Schlußrede noch einmal unterstrichen wurde. Schloß man von diesen Dingen ab und betrachtet nur die wesentlichen Forderungen, die der Kongress aufstellte, und die Begründung, die diesen Forderungen gegeben wurde, dann ist ein wesentlicher Unterschied gegenüber den Forderungen, die von den auf anderem Boden stehenden Arbeitern erhoben werden, kaum zu erkennen. Das ist ein bedeutsames Moment. Man wird fernerhin die sozialpoliti-schen Forderungen der freien Gewerkschaften nicht mehr mit der Scheuung ablehnen können, daß es sozialdemokra-tische Utopien wären. Sie sind aus der sozialen Not ge-boren, und diese Not dazu, daß alle Schranken, welche die Arbeiter in den verhängenen Lagern sonst trennen, beseitigt werden. In der Vertretung ihrer sozialpoliti-schen Forderungen sind die Arbeiter aller Richtungen einig. Das kann es ein wertvolles Ergebnis des christlich-natio-nalen Arbeiterkongresses festgestellt werden.

Auf dem Kongress war eine Reihe hoher Regierungs-tarifen erschienen, von denen einige auch das Wort er-hielten. Generalsekretär Schwander sagte in einer Begrüßungsansprache, es müsse geprüft werden, wie es möglich sei, daß das Arbeiterrecht frei von unnötigen Beschränkungen ausgestellt und den Arbeitern und Ange-hörigen in der Vertretung und Betretung im Staatsleben zu lassen, wie sie andere Berufsstände bereits bekommen. Und wie es möglich sein wird, die gesellschaftlichen Bedürfnisse ihrer Berufs- und Organisationsarbeit den Angehörigen der Zeit anzupassen. Diese Worte klingen sehr beruhigend. Es ist aber im Lauf des Krieges das Gefühl verbreitet worden, daß man gut tut, mit einem

Urteil zurückzuhalten, bis positive Vorschläge der Regierung vorliegen.

Zur Verhütung bestimmt waren die Worte des Staatssekretärs Braun über die Ernährungs-aussichten, aber was er sagte, klingt nicht sehr erfreulich. Er hofft, daß es gelingen wird, die gegenwärtige Brotration während des Krieges durchzuhalten, aber trotz-dem die Kartoffelernte gut war und etwa 34 Millionen Tonnen ergeben werde, will das Kriegsernährungsamt die wöchentliche Kartoffelration vorerst nicht auf 10 Pfund er-höhen. Das soll erst später erwogen werden. Diese Eröff-nung bedeutet, daß die großstädtische Bevölkerung, soweit sie sich nicht im Schleichhandel mit Lebensmitteln zu Wucher-preisen versorgen kann, noch ärger wird hungern müssen als seither schon. Eine sehr unerfreuliche Aussicht.

Eine besondere Freude wurde dem Kongress zuteil durch die Berufung seines Vorsitzenden, des Generalsekretärs Stegerwald, in das preussische Herrenhaus, die ihm während der Tagung zuging. Ob Stegerwald wirklich Befriedigung empfinden wird, als einziger Ar-beiter neben den hohen und höchsten Herrschaften zu sitzen, deren Aufgabe es ist, den Fortschritt in Preußen zu hem-men? Wir wissen es nicht. Aber das wissen wir, daß der einzige Arbeitervertreter in dieser überlebten Körperschaft zur völligen Einflußlosigkeit verurteilt ist. Im Sinne der Arbeiterschaft liegt es nicht, daß der eine oder der andere von ihnen als Konzeptionschulze in den eckeltesten Kreis der Herrenhäuser aufgenommen wird; ihren Wünschen würde in weit höherem Maße entsprochen, wenn das Herrenhaus dahin vorseht würde, wohin es längst gehört: in ein Museum für mittelalterliche Kuriositäten.

Sie wollen Knechte bleiben.

Daß bei dem Kampf um die Sicherung des Koalitions-rechts der Arbeiter und um die Beseitigung des § 153 der Gewerbeordnung die Gelben sich auf den Standpunkt der scharfmacherischen Unternehmer stellen, kann bei der Hal-tung, welche die Gelben, die Wirtschaftsfriedlichen oder wie sie sich sonst nennen, einnehmen, keine Verwunderung er-zegen. Diese Vereine sind direkt oder indirekt von den Unternehmern ins Leben gerufen und werden von ihnen gehegt und gepflegt, um sie als Schutzgarde gegen die Be-strebungen der organisierten Arbeiterschaft verwenden zu können. Wie Bedientenpad, das seine Herkunft vergessen hat, sich als zum Herrenhaus gehörig betrachtet und mit hochmütig-dummer Verachtung auf den sich plagenden Bauer hinabsieht, so blasen auch die Gelben in das Horn der Unternehmung. Auf Wissende kann aber der Ton, den sie hervorbringen, gar keinen Eindruck machen.

Auffälliger erscheint es schon, wenn die Zeitungen mel-den, die katholischen Metallarbeiter hätten sich gegen die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung aus-gesprochen. Es handelt sich um die Fachabteilung der Me-tallarbeiter des Verbandes der katholischen Ar-beitervereine (Sitz Berlin), deren Berliner Ver-trauensmänner nach der von ihnen am 11. November be-schlossenen Resolution „mit größter Besorgnis von den auf die Beseitigung des § 153 der Gewerbeordnung gerichteten Bestrebungen Kenntnis“ genommen haben und dagegen Einspruch erheben. Die den Scharfmachern nahestehende Presse verbreitet diesen Beschluß mit großem Eifer und tut so, als ob sie ihm eine große Bedeutung beilege. In Wirklichkeit handelt es sich aber um eine Handvoll Leute, deren Knechtlichkeit ohnehin schon bekannt war. Der Ver-band der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) hat den Gelben seither schon sehr nahegestanden, und seine Fach-abteilungen brauchten keinen Gesinnungswechsel vorzu-nehmen, wenn sie sich ganz den Gelben anschließen würden. Sie sind Knechte und wollen Knechte blei-ben. Auf die Bestrebungen der Arbeiterschaft haben diese sonderbaren Heiligen keinen Einfluß.

Leistungszulagen im Schneidergewerbe.

Am 27. Oktober fanden in Jena Verhandlungen zwischen dem Schneiderverband und dem Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe über neue Leistungszulagen statt. Seit dem 1. März 1917 wird bereits eine allgemeine Leis-tungszulage von 25 Prozent gezahlt. Hierzu kommt vom 12. November an eine Kriegsteuerzulage in Höhe von 10 Pf. pro Stunde für männliche und 6 Pf. für weibliche Arbeiter. Die Stücklöhne des Tarifs sind je nach der Art des Stückes um 1 bis 4 Mk. erhöht. Diese Zulage gilt für die Dauer des Krieges und kann dann nach einmonatiger Kündigung aufgehoben oder in eine Friedensleistungszu-lage umgewandelt werden. Diese Vereinbarung gilt für die gesamte Herren-, Damen- und Uniformen-Maschine-erei. Auch mit dem Arbeitgeberverband der Herren- und Knabenkleiderfabrikanten ist eine Vereinbarung abgeschlossen worden, nach welcher die Löhne in der Herren- und Knabenkleiderei, einschließlich der am 1. April in Kraft getretenen Erhöhung, vom 1. November an um 50 Prozent erhöht werden.

Der Buchbinder-Verband gewährt auch in diesem Jahre den beim Heer befindlichen Mitgliedern oder deren Fa-milien eine Weihnachtsgabe in Höhe von 5 Mk. für jedes Mitglied, das mindestens 52 Wochenbeiträge gezahlt hat. Der Vorstand empfiehlt den Gau- und den Ortsverwaltun-gen, die Weihnachtsunterstützung durch örtliche Zuschläge möglichst zu erhöhen.

Der Verband der Kupferschmiede gewährt seinen beim Heere befindlichen ledigen Mitgliedern eine Weihnachts-spende von 5 Mk. aus dem Unterstützungsfonds.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Der uneigennütige Obermeister.

Der Schlossermeister Kirsch, Vorsitzender der Hand-werkammer Breslau, hatte sich kürzlich wegen Ver-trugs vor der Strafkammer in Breslau zu verantworten. In seiner Eigenschaft als Obermeister der Walden-burger Feuer- und Metallarbeiter-Zwangsinnung hatte er erreicht, daß die Militärbehörde seiner Innung die Liefe-rung von monatlich 40 000 Paar Hufeisen übertrug. Zu dem ursprünglich vereinbarten Preis wurde später ein Zu-schlag von 30 Prozent bewilligt. Kirsch ließ die Hufeisen von den Innungsmitgliedern auffertigen, zahlte ihnen aber nur den Grundpreis, den Zuschlag von 30 Prozent behielt er für sich, und er erzielte dadurch einen Gewinn von 70 000 Mk. Nur ein Meister, der von der Sache Wind be-kommen hatte und dem Obermeister auf die Bude rüde, vermochte für sich den Zuschlag herauszuholen. Später, als das Strafverfahren schon im Gange war, hat Herr Kirsch auch den übrigen Meistern 12 Prozent nachgezahlt.

Vor Gericht erklärte der Obermeister, er habe sich ge-wissermaßen als Unternehmer betrachtet, und da er mit der Sache viel Mühe und Arbeit gehabt, auch Kosten und Ver-antwortung getragen habe, hätte er die 30 Prozent als ihm gebührende Risikoprämie betrachtet. Der Staatsanwalt wollte die von dem Obermeister bewiesene Uneigennützig-keit mit einem Jahr Gefängnis und 1000 Mk. Geldstrafe bewertet wissen, Herr Kirsch fand aber milde Richter, er wurde freigesprochen. Das Gericht nahm an, daß die Meister nicht geschädigt waren, weil sie an dem gezahlten Grundpreis Verdienst hatten. Auch wenn sie von dem Extraprofit des Obermeisters Kenntnis gehabt hätten, wür-den sie die Aufträge übernommen haben, da sie ihnen er-wünscht und lohnend waren.

Der wackere Obermeister, der seine Stellung an der Spitze der Innung so erfolgreich ausgenutzt hat, ist mit einem blauen Auge davon gekommen. Daß er auf das Er-gebnis des Prozesses besonders stolz sein wird, glauben wir allerdings nicht. Die Fälle, daß Heeresaufträge in ähnlicher Weise an Innungen und Handwerkerkorporationen vergeben werden, sind übrigens nicht selten. Zur Ehre der in Frage kommenden Vertrauenspersonen möchten wir annehmen, daß die vom Obermeister Kirsch angewandten Grundzüge nicht allgemeiner Brauch sind.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO. 16, Am Köpenicker Park 2, bezogen werden.

Die Revolutionierung der Revolutionäre. Von Johann Blenge, Professor in Münster i. W., Leipzig, Der Neue-Geist-Verlag, Preis 3,60 Mk.

Das vorliegende Buch ist eine Sammlung von Aufsätzen, die zuerst in der „Glode“ veröffentlicht wurden. Der Ver-fasser weist auf diese Tatsache im Vorwort hin, um darauf darzutun, daß es jetzt auch Universitätsprofessoren möglich ist, an sozialdemokratischen Organen mitzuarbeiten. Für Professor Blenge ist die Frage nach dem eigentlichen Willen und dem Ziel des Sozialismus grundsätzlich keine Partei-frage. Sozialismus ist ihm nicht gefehmäßiges materielles Geschehen, sondern organisierter Geist. Er bemüht sich, an den geistigen Grundlagen des Marxismus Kritik zu üben, und er wollte, wie er sagt, nachweisen, „daß das am 1. August aufgebrochene Geschwür des alten Marxismus noch einmal mit sicherer Hand nachgeschritten werden muß, damit deutsche soziale Demokratie gefunden kann“.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter, Hamburg. (Kleinerer Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit in Hamburg.)

Invalidenfonds. Der Vorstand beabsichtigt, auch in diesem Jahre den armen ausgesteuerten Mitgliedern eine kleine Weihnachts-spende zu bereiten.

Ortsverwaltungen, in deren Verwaltungsstellen solche invaliden ausgesteuerten Mitglieder sich befinden, deren be-sondere Bedürftigkeit feststeht, und welche von anderer Seite keine Unterstützung erhalten, wollen dies dem Vorstand, mit mindestens drei Unterschriften von Verwaltungsbe-amten als Beglaubigung versehen, bis zum 11. Dezember mitteilen. Der Vorstand.

Gestorbene Mitglieder.
 Carl Gaff, Tischlermeister, gest. in Dresden.
 Carl Thiele, Korbmacher, 53 J., gest. in Cottbus.
 Albert Sasse, Tischler, 53 J., gest. in Berlin.
 Anton Hübner, Schreiner, 59 J., gest. in Berlin.
 Carl Hübner, Tischlermeister, 52 J., gest. in Berlin.
 Carl Hübner, Tischlermeister, 51 J., gest. in Berlin.
 Carl Hübner, Tischlermeister, 49 J., gest. in Berlin.
 Carl Hübner, Tischlermeister, 47 J., gest. in Berlin.
 Carl Hübner, Tischlermeister, 45 J., gest. in Berlin.
 Carl Hübner, Tischlermeister, 43 J., gest. in Berlin.
 Carl Hübner, Tischlermeister, 41 J., gest. in Berlin.
 Carl Hübner, Tischlermeister, 39 J., gest. in Berlin.
 Carl Hübner, Tischlermeister, 37 J., gest. in Berlin.
 Carl Hübner, Tischlermeister, 35 J., gest. in Berlin.
 Carl Hübner, Tischlermeister, 33 J., gest. in Berlin.
 Carl Hübner, Tischlermeister, 31 J., gest. in Berlin.
 Carl Hübner, Tischlermeister, 29 J., gest. in Berlin.
 Carl Hübner, Tischlermeister, 27 J., gest. in Berlin.
 Carl Hübner, Tischlermeister, 25 J., gest. in Berlin.
 Carl Hübner, Tischlermeister, 23 J., gest. in Berlin.
 Carl Hübner, Tischlermeister, 21 J., gest. in Berlin.
 Carl Hübner, Tischlermeister, 19 J., gest. in Berlin.
 Carl Hübner, Tischlermeister, 17 J., gest. in Berlin.
 Carl Hübner, Tischlermeister, 15 J., gest. in Berlin.
 Carl Hübner, Tischlermeister, 13 J., gest. in Berlin.
 Carl Hübner, Tischlermeister, 11 J., gest. in Berlin.
 Carl Hübner, Tischlermeister, 9 J., gest. in Berlin.
 Carl Hübner, Tischlermeister, 7 J., gest. in Berlin.
 Carl Hübner, Tischlermeister, 5 J., gest. in Berlin.
 Carl Hübner, Tischlermeister, 3 J., gest. in Berlin.
 Carl Hübner, Tischlermeister, 1 J., gest. in Berlin.

Paul Friedr. Rich. Schmidt, Stell-macher, geb. 24. Oktober 1873 zu Gimmich, Kreis Ost-Sternberg (Anhalt), wird um seine Adresse ersucht. Nach Anfragen, die etwas von ihm wissen, werden um Auskunft gebeten an die Expedition der Holzarbeiter-Zeitung, Berlin SO. 16, Am Köpenicker Park 2.

Maschinenschleifer.
 Für meine Möbelfabrik mit elektrisch betriebene ich einen tüchtigen selbständigen Maschinenschleifer für alle Maschinen. — Offerten mit Lohnangabe an **Chr. Schulte, Möbelfabrik, Kiel.**

Tischlergesellen auf Bau und Möbel per sofort gesucht. **Gehr. Hoppe, Dampfischl., Rastenburg (Ostpr.).**

Mehrere Tischlergesellen auf fertige Möbel, auch Kriegsbeschäd., sucht **K. Stiller, Möbelfabrik, Stargard (Pommern).**

Stuhlbauer finden Arbeit bei
 Deutsche Stuhlwerke,
 Geringswalde-Hilmsdorf (Sachsen).

Schleifer, Feiler und Zusammenfeiler suchen **C. & R. Reblisch, Stoffsabrik, Berlin, Ritterstr. 75.**

Derzeitiger erscheint:
Almanach 1918
 des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.
 Taschenrechner für die Verwaltungen und Mitglieder des Verbandes. Im Auftrag des Verbandsvorstandes herausgegeben von Theodor Reipart. — Neunzehnter Jahrgang.
 Der Preis des Almanachs beträgt jetzt 90 Pf. — bei Einzelbestellung 1,50 Mk. per Stück.
 Bestellungen sind umgehend an die Verlagsanstalt zu richten oder auch direkt an die untenstehende Adresse zu richten.
 Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO. 16.

Werkzeug-Neuheiten.
 Preislisten gratis und franko!
Otto Bergmann, Berlin SO., Oppelnerstr. 31.

Zahlreiche Anerkennungs-schreiben
Eingelegte Furniere
 für Nähtische, Schatullen, Pulten,
 Musterbogen gegen 20 Pfennig in Briemärken
E. Biller, Marquettur, Heidelberg
 Theater-Strasse 7.

Den Verbandsmitgliedern empfehlen wir das von uns herausgegebene
Lohnbuch für Holzarbeiter
 Kleine Ausgabe, enthaltend 40 Seiten, 10 Pf.
 50 Cent 4,50 Mk.
 Große Ausgabe, enthaltend 80 Seiten, 20 Pf.
 50 Cent 9,00 Mk.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO. 16.